

## spotlight europe

# 2010/04 – April 2010

# Wirtschaftskrise in Mittelosteuropa: Feuerprobe der erweiterten EU

Cornelius Ochmann

Bertelsmann Stiftung, [cornelius.ochmann@bertelsmann-stiftung.de](mailto:cornelius.ochmann@bertelsmann-stiftung.de)

Die „griechische Krankheit“ und die schlechte Finanzlage der südeuropäischen EU-Staaten beflügeln die Diskussion über eine Überforderung der EU. Dabei spielen zunehmend die vermeintlich mentalen Unterschiede der europäischen Kulturen eine wichtige Rolle: Der undisziplinierte, verschwenderische romanisch geprägte Süden steht dem reformorientierten, sparsamen, germanisch geprägten Norden gegenüber. Wohin gehört der flexible slawisch dominierte neue Osten Europas?

spotlight europe # 2010/04

### Blick zurück: Osterweite- rung der EU

Am 1. Mai 2004 wurden acht mittel- und osteuropäische Staaten sowie Malta und Zypern in die EU aufgenommen. Der Aufnahme war ein Reformprozess vorausgegangen, der beispiellos in der Geschichte Europas ist. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks mussten alle Staaten Mittel- und Osteuropas in kürzester Zeit gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Reformen durchführen. Innerhalb von wenigen Jahren wurden demokratische Wahlen abgehalten und die kommunistischen

Parteien abgewählt. Parallel dazu haben die demokratisch gewählten Regierungen wirtschaftliche Reformen initiiert, die im Zeitraum 1989-2004 marktwirtschaftliche Strukturen hervorgebracht haben. In den meisten Fällen fand eine Liberalisierung der Wirtschaft statt, die weit über den Status quo der westeuropäischen Staaten hinausging. Aufgrund der zunehmenden Reformmüdigkeit in den mittelosteuropäischen Ländern war das Jahr 2004 der spätmöglichste Zeitpunkt für einen EU-Beitritt dieser Transformationsstaaten.

Die Osterweiterung hatte keine Vorbilder in der Geschichte der Europäischen Union. Alle vorherigen Erweiterungen waren zahlenmäßig geringer und die

Wirtschaftskraft der beigetretenen Staaten war bis dahin mit dem EU-Durchschnitt vergleichbar. Dabei waren die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedern im Jahre 2004 nicht zu übersehen und spielten von Beginn des Erweiterungsprozesses im Jahre 1993 (mit den Kopenhagener Kriterien) eine bedeutende Rolle. Insbesondere bei den Gegnern der EU-Erweiterung wurde dies als Problem hervorgehoben und als Ausschlusskriterium betrachtet.

Heute ist unumstritten, dass der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten ein voller Erfolg war. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass diese Staaten sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht auf dem besten Wege sind, im nächsten Jahrzehnt den Durchschnitt der EU zu erreichen.



## Finanz- und Wirtschaftskrise der EU

Die Finanzkrise, die im September 2008 mit der Pleite von Lehman Brothers begann, breitete sich schnell auch in den neuen EU-Mitgliedstaaten aus. Zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Sowjetunion wurden die mittel- und osteuropäischen Staaten in eine Finanz- und Wirtschaftskrise hineingezogen, die sie selbst keinesfalls verursacht hatten. Abgesehen von Ungarn, das aufgrund der aufgeschobenen Reformen schon vor 2008 mit erheblichen Defiziten zu kämpfen hatte, wurden alle anderen neuen EU-Mitglieder kalt erwischt. Die Politiker verkauften jedoch ihren Bevölkerungen seit Jahren die EU-Mitgliedschaft als eine Versicherungspolice für schwierige wirtschaftliche Zeiten.

Je stärker die amerikanischen Finanzprobleme auf Europa, Asien und Südamerika überschwappten, desto mehr waren auch die Märkte in Mittel- und Osteuropa be-

troffen. Die Börsen in Prag, Budapest oder Warschau funktionierten wie Seismographen. Deutlich wurde, wie stark inzwischen die einzelnen Wirtschaften in Mittel- und Osteuropa internationalisiert sind. Die Krise traf insbesondere diejenigen Länder, die über geringe Währungsreserven verfügten, Probleme mit Ihren Staatsfinanzen und Defizite in den Leistungsbilanzen hatten oder den privaten wie öffentlichen Konsum über Euro-Kredite finanzierten.

Der Fall **Ungarn** hatte Auswirkungen auf alle mitteleuropäischen Staaten. Investoren wie westeuropäische Banken flüchteten aus den neuen EU-Staaten, die der Euro-Zone noch nicht angehörten. Die Krise in Ungarn begann bereits im Frühjahr 2008, als die Regierung auf den internationalen Märkten keine neuen Kredite mehr aufnehmen konnte. Allerdings gelang es mit Unterstützung der EU und des IWF ein Reformpaket zu schnüren, das dem Land geholfen hat, den Folgen der internationalen Wirtschaftskrise zunächst standzuhalten.

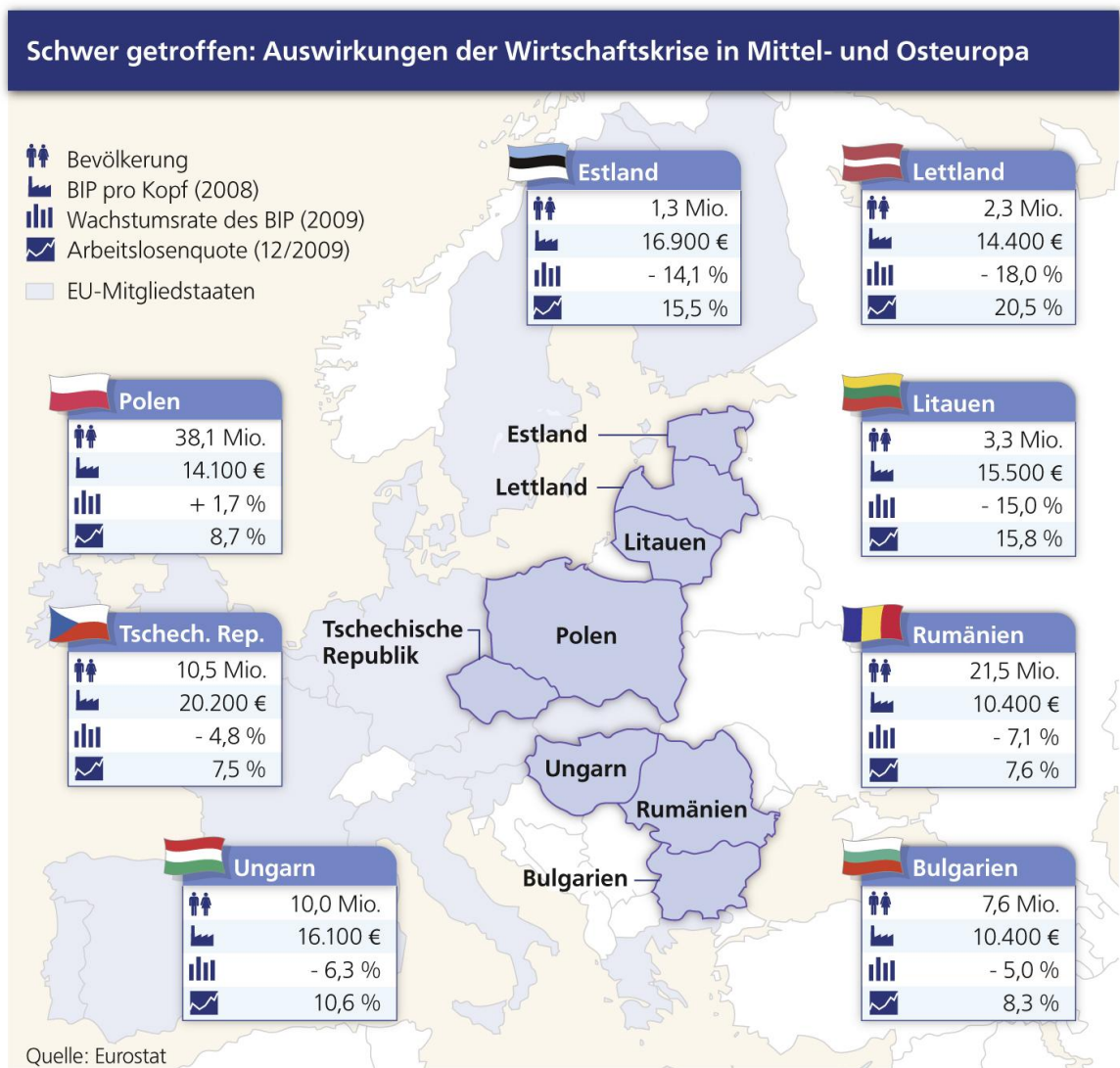
Ungarn hat die Finanzkrise härter zu spüren bekommen als die anderen größeren Länder Mittel- und Osteuropas. Die Laufzeit des aktuellen Bereitschaftskreditabkommens mit dem IWF wurde bis Oktober 2010 verlängert. Ungarn könnte 2010 aber aufgrund der durchgeführten Reformen das geringste Budgetdefizit der Region ausweisen (in Höhe von rund 4 Prozent des BIP). Für 2010 ist eine Stagnation oder ein geringfügiges reales Wachstum des BIP zu erwarten. Die neugewählte Regierung Orban hat bisher keine klaren Aussagen zum Euro-Beitritt des Landes gemacht.

Noch schlimmer traf die Wirtschaftskrise **die baltischen Staaten**, die sich von der sowjetischen Wirtschaftsstruktur trennen mussten und ihre Wirtschaft und vor allem ihre Finanzmärkte radikal liberalisierten. Ausländische Banken strömten in die kleinen, aber reformfreudigen Staaten. Dies wurde ihnen in der Krise zum Verhängnis.

Die Muttergesellschaften waren an Spekulationen an den Finanzmärkten beteiligt. In MOE überwog dagegen das klassische Bankensystem ohne Druck zu Spekulationen. In Krisenzeiten wurden dennoch zunächst die Tochtergesellschaften der internationalen Banken in den neuen EU-Staaten bestraft. Dies bedeutete, dass jene Länder, die sich für ausländische Investitionen im Bankensystem besonders geöffnet

sind jedoch anpassungsfähig und leidgeprüft. So konnten schon Anfang 2010 die ersten Anzeichen für die wirtschaftliche Erholung festgestellt werden.

In Bulgarien und Rumänien, beide erst 2007 der EU beigetreten, hat die Krise hart zugeschlagen. **Bulgarien** erlebte 2009 die erste Rezession seit 1997. Nach einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts



© Bertelsmann Stiftung

net hatten, überdurchschnittlich stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte in allen baltischen Staaten um zweistellige Prozentzahlen. Die Regierungen mussten Sparprogramme auflegen, die zu sozialen Spannungen und Demonstrationen geführt haben. Die postsowjetischen Gesellschaften

(BIP) in Höhe von real 6 Prozent im Jahr 2008 schrumpfte die Volkswirtschaft 2009 um 5 Prozent. Allerdings gibt es auch hier die ersten Anzeichen der Erholung - die Krise hatte ihren Höhepunkt im 1. Quartal 2010 erreicht. Die Prognosen für das gesamte Jahr 2010 sind jedoch unterschiedlich. Während der Economist bereits ein

bescheidenes BIP-Wachstum in Höhe von 0,6 Prozent prognostiziert, gehen die bulgarische Regierung und der Internationale Währungsfonds (IWF) von einem Rückgang in Höhe von 2,0 bzw. 2,5 Prozent aus. Einig sind sich die Experten darüber, dass die bulgarische Wirtschaft aufgrund des weiterhin enormen Nachholbedarfs mittelfristig wieder überdurchschnittlich wachsen wird.

In **Rumänien** erreichte die Krise ähnliche Dimensionen. Nach einem Wirtschaftswachstum von 7,3 Prozent im Jahr 2008 schrumpfte die Wirtschaftsleistung um 7,1 Prozent im folgenden Jahr. Zur Stützung seiner Wirtschaft hat Rumänien im Mai 2009 ein umfangreiches Finanzierungspaket (20 Milliarden Euro) von IWF, EU, Weltbank und EBWE erhalten. Die Kreditzusagen sind an ein umfangreiches Maßnahmenpaket geknüpft, das Verpflichtungen enthält: Begrenzung des Haushaltsdefizits, der Inflation sowie eine Verringerung des Finanzierungsbedarfs der öffentlichen Haushalte. Im Jahr 2010 wird wieder mit einem leichten Wachstum (1 bis 1,5 Prozent) gerechnet.

Im erfolgsverwöhnten **Tschechien** hat die Wirtschaftskrise im Jahr 2009 zu einer Rekordverschuldung geführt. Mit 5,93 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) lag das Budgetdefizit fast doppelt so hoch wie im EU-Stabilitätspakt erlaubt. Nach Wachstumsraten von jeweils über sechs Prozent in den letzten Jahren war 2009 in Tschechien infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ein Rückgang des BIP in Höhe von 4,8 Prozent zu verzeichnen (2008: 2,5 Prozent Wachstum). Für 2010 rechnet das tschechische Finanzministerium mit einem Wachstum von 1,3 Prozent. Allerdings sollte darauf hingewiesen werden, dass Tschechien beim BIP pro Kopf bereits 82 Prozent des EU-Durchschnitts erreicht und bis 2012/13 zum EU-Durchschnitt aufschließen wird. Dennoch: Die Wirtschaftskrise hat in Tschechien große Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich auf 7,5 Prozent bis Ende 2009.

**Polen** war im Jahr 2009 das einzige Land in der EU mit einem positiven Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent des BIP. Die Lage der polnischen Volkswirtschaft ist beeindruckend, obwohl auch Polen die Folgen der Krise spürt. Die Arbeitslosigkeit steigt wieder, die Inflation hat angezogen und das Defizit im Staatshaushalt überschreitet das Maastricht-Kriterium von 3 Prozent des BIP. Die Tatsache, dass die polnische Volkswirtschaft relativ gut durch die Krise gekommen ist, resultiert in erster Linie aus ihrer Struktur und ihrer Leistungsfähigkeit. Der große polnische Binnenmarkt, der interne Nachholbedarf an Industriegütern und Baumaterialien sowie Konsumgütern konnten die Exportverluste wett machen.

Polens Exportabhängigkeit ist aufgrund des großen Binnenmarktes geringer als die Ungarns oder der Tschechischen Republik. Die polnische Volkswirtschaft ist zudem flexibel genug, um die Märkte im Osten Europas zu bedienen. Die polnische Verschuldung in Fremdwährungskrediten erreichte bei weitem nicht das Ausmaß wie in Ungarn oder den baltischen Staaten. Hinzu kommt die Stabilität des Bankensystems, das von den spekulativen Geschäften abgeschottet war. Auch in diesem Jahr erwarten die Experten ein BIP-Wachstum von 3 bis 4 Prozent.

### III

## Euro als Stabilitätsfaktor? Beitrittsaussichten

Bisher haben es zwei mittelosteuropäische Staaten in die Eurozone geschafft: **Slowenien** 2007 und die **Slowakei** 2009. Litauen wurde zwar als Euro-Kandidat behandelt, schaffte jedoch die Aufnahme im Jahre 2007 nicht.

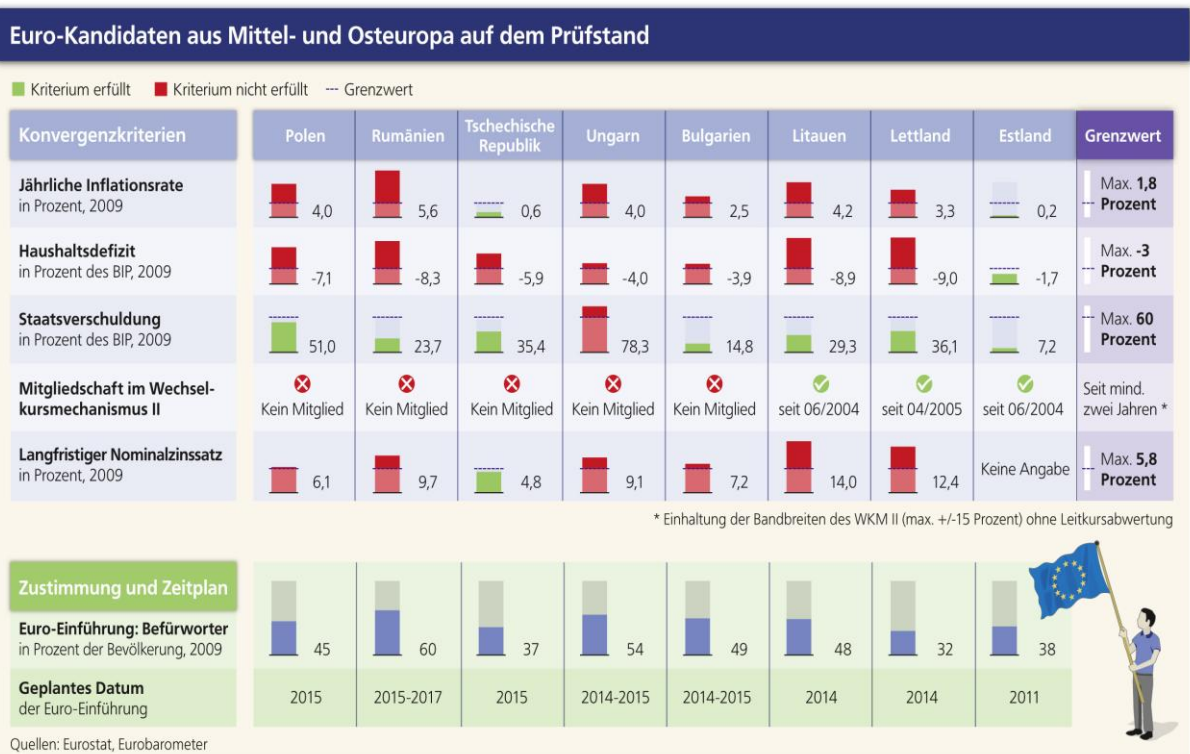
Auf den ersten Blick schienen nur die Euro-Länder Slowenien und die Slowakei von Wechselkursschwankungen und Kapitalflucht verschont. In beiden Ländern überwogen am Anfang der Krise die Vorteile

der stabilen Währung. Alle Währungen in Mittel- und Osteuropa verloren zeitweise bis zu 20 Prozent an Wert. So stürzte beispielsweise der polnische Zloty von 3,35 im Sommer 2008 innerhalb eines halben Jahres auf 4,88 zum Euro ab. Die Instabilität des Wechselkurses belastete die Wirtschaften dieser Region erheblich.

Sowohl Slowenien als auch die Slowakei blieben von diesen Unsicherheiten verschont und verzeichneten ein moderates Wirtschaftswachstum zu Beginn des Jahres 2009. Im Laufe des Jahres zeigte sich jedoch, dass diejenigen mittelosteuropäischen Staaten, deren Nationalbanken

on" 1917 in Russland - übernehmen könnte. Wenn ich weiter provozieren wollte, dann würde ich außer dem Erzählen dieser Geschichte noch fragen, ob in dieser Zeit (2017) der Euro noch existieren wird".

**Estland** wird als nächstes Euro-Mitglied erwartet. Präsident Ilves verwies im April auf die wirtschaftlichen Kennzahlen, welche den Maastricht-Kriterien entsprechen: „Wir haben 1,7 Prozent Haushaltsdefizit - wer hat das denn sonst noch, vielleicht Luxemburg. Unsere üblichen Haushalte sind mit gut sieben Prozent im Minus.“ Auch die Inflation in Estland sei niedrig genug für den Euro-Beitritt. Einer positi-



© Bertelsmann Stiftung

durch Abwertung ihrer Währungen auf die Krise reagieren konnten, flexibler waren. Die Wirtschaften von Ungarn, Tschechien aber vor allem Polen entwickelten sich positiver im Vergleich zu den Euro-Neulingen Slowenien und der Slowakei. Die Gegner eines Euro-Beitrittes bekamen neuen Wind in ihre antieuropaischen Segel. Der tschechische Staatspräsident Klaus betonte, dass „Tschechien den Euro 2017 - im Jahr des 100. Jahrestages der "Großen sozialistischen Oktoberrevoluti-

ven Entscheidung der EU-Kommission steht in dieser Hinsicht nichts im Wege.

In **Lettland** ist der Euro-Beitritt aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise in weite Ferne gerückt. Die Lage des Staatshaushaltes ist kritisch, so dass Lettland den Internationalen Währungsfonds um Stützung des Staatshaushaltes bitten musste. Vor kurzem wurde als neues angestrebtes Datum der 1. Januar 2014 genannt.

**Litauen** strebte ursprünglich eine Euro-Einführung im Jahr 2007 an. Die EU-Kommission lehnte jedoch den Euro-Beitritt aufgrund der um 0,06 Prozentpunkte zu hohen Inflationsrate ab. Diese Entscheidung ist bis heute in der Experten-Welt sehr umstritten. In den folgenden Jahren stieg die Inflationsrate weiter an und bis heute konnte Litauen der Euro-Zone nicht beitreten. Im Zusammenhang mit der Ankündigung Lettlands, den Euro zum Jahresbeginn 2014 einführen zu wollen, strebt Litauen inoffiziell dasselbe Datum an.

**Bulgarien** profitierte zunächst in der Krise von seinem festen Wechselkurs zum Euro im Rahmen des Currency Board-Systems, während andere Länder der Region wie Serbien, Ungarn und Rumänien erhebliche Abwertungen hinnehmen mussten. Zur Jahresmitte 2010 wollte Bulgarien dem Europäischen Wechselkursmechanismus beitreten und 2013 den Euro einführen. Nach der Finanzkrise Griechenlands wurde jedoch der Haushalt in Sofia neu „berechnet“ und es stellte sich heraus, dass das Budgetdefizit 3,9 Prozent und nicht 1,9 Prozent beträgt. „Wir haben die Kollegen (in Brüssel) praktisch angelogen, indem wir erklärten, für die Euro-Zone vorbereitet zu sein“, gab Regierungschef Borissow zu. Bulgarien habe Brüssel über den neuen Umfang seines Etatdefizits bereits informiert. Dies verzögert Bulgariens Eintritt in den Europäischen Wechselkursmechanismus und in die Euro-Zone mindestens um ein Jahr auf frühestens 2014.

**Rumänien** wird wahrscheinlich das Ziel eines Eintritts zur Euro-Zone im Jahre 2015 um ein bis zwei Jahre verschieben. Das ist notwendig, weil die Kriterien bisher nicht erfüllt werden. 2015 wird jedoch von der Regierung weiterhin als Zieldatum genannt. Rumänien ist in der Wirtschaftskrise von der am schnellsten wachsenden Wirtschaft der EU im Jahre 2008 zu einem Problemfall geworden. Das Land ist derzeit auf internationale Kredite in Höhe von 20 Milliarden Euro angewiesen, von denen

12,9 Milliarden Euro vom IWF gestellt werden, fünf Milliarden von der EU-Kommission und weitere 1,5 Milliarden von der Weltbank.

Wegen der europakritischen Haltung des Präsidenten Vaclav Klaus ist es bisher in **Tschechien** zu keiner ernsthaften Diskussion über den Euro-Beitritt gekommen. Auch die Mehrheit der Tschechen steht dem Euro skeptisch gegenüber. Lange Zeit fehlte der politische Wille unter den tschechischen Parteien und heute fehlt es an Wirtschaftskraft. Die Übergangsregierung unter Premier Jan Fischer will den Euro zwar so schnell wie möglich einführen, doch vor 2015 ist daran nicht zu denken. Wann der Euro kommt, wird im Wesentlichen von der neuen Regierung abhängen, die im Mai gewählt wird. Sie muss zunächst die Staatsfinanzen stabilisieren. Dafür sind Reformen nötig, die bei den meisten Wählern nicht gut ankommen werden.

In **Polen** dagegen gab es zunächst Pläne, den Euro pünktlich zur Fußball-Europameisterschaft im eigenen Land einzuführen. Im Laufe des Jahres 2009 änderte sich jedoch die Lage. Die Abwertung des polnischen Zloty verbilligte die polnischen Exporte und die Wirtschaft wuchs weiter. Die polnische Nationalbank verschob daher den geplanten Euro-Beitritt auf das Jahr 2014.

Die fehlende gemeinsame europäische Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise und nicht zuletzt die Griechenland-Strategie der EU hat bei den neuen EU-Mitgliedern den Eindruck hervorgerufen, dass die EU für Krisen nicht gewappnet ist. Deswegen ist es kaum verwunderlich, dass die politischen und wirtschaftlichen Eliten in Ländern wie Ungarn, Polen oder Tschechien zunächst den Beitritt zur Euro-Zone hinauszögern wollen.

## IV

## Konsequenzen für die EU

Die EU befindet sich in einer kritischen Phase. Die Gründe dafür sind nicht in der Osterweiterung zu suchen - im Gegenteil. Die mittel- und osteuropäischen Staaten gehen in vielen Fällen mit der Wirtschaftskrise besser um als „ältere“ EU-Staaten.

Einerseits haben sie in den letzten zwanzig Jahren Erfahrungen mit den Transformationsprozessen in allen Bereichen gemacht. Sowohl die politischen, als auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen sind ihnen nicht neu. Die Gesellschaften dieser Länder sind zudem strapazierfähiger und anpassungsfähiger als die saturierten Gesellschaften der EU-15. Aus diesem Grunde stärken die neuen EU-Mitglieder, mit Ausnahme Rumäniens, die Gruppe von disziplinierten, reformorientierten Ländern und sind in dieser Hinsicht dem „Norden“ zugehörig. Das Nachbarland Griechenlands, Bulgarien, sollte den anderen südeuropäischen Staaten als Beispiel dienen.

Die Verantwortung für die gegenwärtige Krise der EU ist dagegen in Brüssel und den Hauptstädten der größten EU-Mitgliedstaaten zu suchen. Die Kritik an der unterschiedlichen Behandlung der neuen und der alten EU-Mitglieder ist vielfach berechtigt. Hätte die EU-Kommission dieselbe Sorgfalt und Genauigkeit bei ihrer Analyse der Haushalte der mediterranen EU-Staaten walten lassen, wie dies bei den neuen EU-Mitgliedstaaten der Fall war, so wäre es nie zu einer PIGS-Krise (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien) gekommen. Dieselben Vergehen wurden von der EU-Kommission unterschiedlich behandelt. Musste Ungarn Mitte 2008 tiefgreifende Reformen unter erheblichem Druck aus Brüssel durchführen, konnte Griechenland durch gefälschte Statistiken den Euro-Beitritt erschleichen und überfällige Reformen auf die lange Bank schieben. Die EU tut sich in der Entwicklung einer

gemeinsamen Krisen- und generell einer Wirtschaftsstrategie schwer. Die unterschiedlichen Konzepte zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, die 2009 besonders zwischen Deutschland und Frankreich offensichtlich wurden, gepaart mit der Abwesenheit Italiens auf dem europäischen Parkett und der Selbstbezogenheit der Briten erhöhen die Gefahr eines Stillstandes.

Die Einführung der gemeinsamen Währung war ein politisches Projekt. Der Euro hat die EU in den letzten Jahren stärker geprägt als jede andere politische Entscheidung. Die gemeinsame Währung sollte auch die Solidarität der Reichen und der Armen fördern. Heute ist davon nicht mehr viel übrig geblieben. Hinzu kommt der Konstruktionsfehler der Währungsunion, der ein Sanktionsmechanismus gegen Sünder in den eigenen Reihen fehlt. Im Jahre 2009 erfüllte im Übrigen nur Finnland die Euro-Kriterien. Alle anderen Euro-Staaten, einschließlich Deutschland, konnten die Kriterien nicht einhalten. Es gibt jedoch keine Mechanismen, die ihre Einhaltung erzwingen können. Es scheint paradox, dass Staaten, die der Eurozone beitreten wollen, wie Bulgarien, Estland, Litauen oder Polen bessere Indikatoren nachweisen können als die Staaten der Eurozone.

In der Krise steckt jedoch auch eine Chance für Erneuerung und Verbesserung. Die erste Lehre muss sein, dass die EU-Osterweiterung die EU bereichert hat. Eine schnelle Aufnahme der neuen Mitgliedstaaten in die Euro-Zone würde den Euro und dadurch die EU stärken. Es sollte dabei die langfristige Stabilität des Euros im Vordergrund stehen. Eine sehr hohe Beitrittschürde ohne langfristigen Stabilitätsmechanismus hat keine Zukunft, wie das Beispiel Griechenland und die PIGS-Krise deutlich zeigten. Mit welcher Begründung zwingen wir die Euro-Kandidaten zur Einhaltung der Kriterien, welche von der Mehrheit der Teilnehmer nicht eingehalten werden? In einer Krisenzeit und nach zehnjähriger Erfahrung müssen die Beitrittskriterien der Realität angepasst und

durch eine effektive Kontrollinstanz und Sanktionsmechanismen ergänzt werden.

Die einzelnen mitteleuropäischen Staaten konnten in der Finanzkrise von der Abwertung ihrer Währungen kurzfristig profitieren. Allerdings wurde ebenfalls deutlich, dass die gemeinsame Währung – trotz der aktuellen Turbulenzen – die EU in der Wirtschaftskrise stabilisiert hat. Langsam setzt sich auch die Ansicht durch,

dass eine Reform der Finanz- und Wirtschaftsstrukturen nötig ist. Mehr Finanzdisziplin und europäische Solidarität sind ohne stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken nicht zu erreichen. Wer sie weiter verweigert, schwächt die Union. Eine europäische Wirtschaftsregierung darf daher kein Denktabu bleiben.

#### Weiterführende Literatur:

World Bank Group (Hrsg.): Lights Out?: Challenges Facing the Emerging Economies of Eastern Europe and the Former Soviet Union, World Bank Publication, 2010

Vladimir Gligorov, Gábor Hunya, Josef Pöschl et al.: Differentiated impact of the global crisis, Wien (WIIW), WIIW current analyses and forecasts; 3/2009

Vladimir Gligorov, Josef Pöschl, Sándor Richter et al.: Where have all the shooting stars gone?, Wien (WIIW), WIIW current analyses and forecasts; 4 /2009

Zsolt Darvas: The impact of the crisis on budget policy in Central and Eastern Europe, Bruegel working paper; 2009/5

Ognian N. Hishov: Die Finanzsysteme der neuen EU-Mitgliedstaaten im Zeichen der weltweiten Krise, Berlin, SWP-Studie, 2009

Béla Galgóczi: Central eastern Europe five years after enlargement : in full grip of the crisis, South-East Europe review for labour and social affairs, Baden-Baden, Nomos-Verlag, Bd. 12.2009

Reinhold Vetter: Turbulenzen und Konsequenzen. Importierte Wirtschaftskrise in Ostmitteleuropa, Osteuropa 12 /2008

#### V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung  
Carl Bertelsmann Straße 256  
D-33311 Gütersloh  
<http://www.bertelsmann-stiftung.de>

Dr. Dominik Hierlemann  
[dominik.hierlemann@bertelsmann-stiftung.de](mailto:dominik.hierlemann@bertelsmann-stiftung.de)  
Telefon +49 5241 81 81537

Joachim Fritz-Vannahme  
[joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de](mailto:joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de)  
Telefon +49 5241 81 81421

#### Zuletzt erschienen:

**spotlight europe # 2010/03**  
Wahlen im Irak: Eine amerikanisch-europäische Perspektive  
*Laurie Dundon, Christian-Peter Hanelt*

**spotlight europe # 2010/02**  
Lissabon, die Zweite  
*Joachim Fritz-Vannahme, Armando García Schmidt, Dominik Hierlemann, Robert Vehrkamp*

**spotlight europe # 2010/01**  
Kooperation mit dem Kreml  
*Cornie Shupe*

**Alle Ausgaben des "spotlight europe" stehen im Internet als Download bereit:**  
[www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight](http://www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight)